

PRESSEAUSSENDUNG DER GDG-KMSfB

Einführung ZPR/ZSR / Zentrales Personen- und Standesamtsregister

GdG-KMSfB-Lueger:

**Antrag auf Verschiebung des Personenstandsregisters eingebracht -
Statt 1. November 2014 könnte das ZPR nach Abklärung sämtlicher Probleme
später in Kraft treten; jetzt ist Innenministerium am Zug !**

Ein Monat bevor das Zentrale Personenstandsregister (ZPR) an den Standesämtern bundesweit in Betrieb gehen soll, ist das System immer noch nicht ausgereift.

"Obwohl seitens des Innenministeriums mit Hochdruck am Programm gearbeitet wird, berichten uns StandesbeamtInnen von zahlreichen Problemen: das Programm fährt nicht richtig hoch, Daten können nicht oder nur unvollständig migriert werden, Schulungen müssen wieder abgebrochen werden, weil das System nicht funktioniert, usw.", sagt Angela Lueger, stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten - Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB).

"Nach langen Verhandlungen ist es jetzt gelungen, nochmals eine gesetzliche Möglichkeit zu schaffen, die Produktivsetzung des ZPR (und des Zentralen Staatsbürgerschaftsregisters ZSR) bis 15. Juni 2015 außer Kraft treten zu lassen."

Ein entsprechender Gesetzesantrag wurde am Mittwoch im Nationalrat eingebracht. Damit wird die gesetzliche Möglichkeit geschaffen, bei andauernden technischen Problemen, den Start des ZPR/ZSR um ein weiteres halbes Jahr aufzuschieben.

Jetzt liegt es am Innenministerium:

Eine Verordnung muss erlassen werden, damit das System nicht am 1. November 2014 an den Start geht.

Der weitere Fahrplan:

Der Gesetzesantrag wurde am Mittwoch in den Nationalrat eingebracht und dem Innenausschuss zugewiesen. Am 7. oder 8. Oktober wird der Antrag im Innenausschuss behandelt und kommt am 22. oder 23. Oktober ins Nationalratsplenum.

Da der Bundesrat erst wieder Mitte November tagt, müsste das Gesetz rückwirkend in Kraft treten. "Legistisch geht sich das trotz Termschwierigkeiten aus", so Lueger. Die GdG-KMSfB konnte bereits einmal eine Verschiebung des ZPR/ZSR um ein Jahr erreichen.

"Viele StandesbeamtInnen sind verunsichert. Wir machen uns weiterhin für sie stark", schließt Lueger.